



Rathaus Umschau

Dienstag, 9. Juli 2024

Ausgabe 130

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Luise-Kiesselbach-Platz: Baureferat plant Spielangebot	3
› Mehr Platz für Begegnung – Neues Parklet im Harthof	4
› Führung durch die historischen Wohnräume der Familie von Parish	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 10. Juli, 18 Uhr, St.-Jakobs-Platz

Bürgermeister Dominik Krause spricht auf der Veranstaltung „Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft und dem Staat Israel“.

Freitag, 12. Juli, 9.30 Uhr, Freilassing Straße 30

Stadtrat Fabian Ewald (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) gratuliert der Münchner Bürgerin Vera Hoffmann im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 12. Juli, 14 Uhr, Horst-Salzman-Zentrum, Plievierpark 9

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort anlässlich der Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Horst-Salzman-Zentrums der AWO München.

Freitag, 12. Juli, 15 Uhr, Alois-Wunder-Straße 1

Stadträtin Alexandra Gaßmann (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich der Wiedereröffnungsfeier des Jugendzentrums aqu@rium sowie der Eröffnungsfeier des dort integrierten Horts.

Montag, 15. Juli, 18 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal

Bürgermeisterin Verena Dietl, Wirtschaftsreferent Clemens Baumgärtner sowie Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen überreichen den Hochschulpreis der Stadt München 2024. Der mit jeweils 5.000 Euro dotierte Preis wird seit 1993 jährlich für herausragende Abschlussarbeiten an der Hochschule München, an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Technischen Universität München vergeben.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wird gebeten bis Freitag, 12. Juli, 16 Uhr, per E-Mail an wolfgang.nickl@muenchen.de.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 16. Juli, 19.30 Uhr, Kultur im Trafo, Saal, Nymphenburger Straße 171 a (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen-Nymphenburg).

Dienstag, 16. Juli, 19.30 Uhr, Gaststätte „Harlachinger Einkehr“, Karolingerallee 34 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing-Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Dienstag, 16. Juli, 19 Uhr, Sporthalle des Schulzentrums, Pfarrer-Grimm-Straße 1, Zugang über Zwiedineckstraße 31 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 23 (Allach-Untermenzing). Der Versammlungsleiter Bürgermeister Dominik Krause und der Bezirksausschussvorsitzende Pascal Fuckerieder informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Pascal Fuckerieder und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information sowie das örtlich zuständige Sozialbürgerhaus.

Meldungen

Luise-Kiesselbach-Platz: Baureferat plant Spielangebot

(9.7.2024) Die Grünfläche am Luise-Kiesselbach-Platz soll künftig ein vielseitiges und inklusives Angebot für Spiel, Sport und Erholung für alle Altersgruppen bieten. Das Baureferat präsentiert am 12. und 17. Juli bei zwei Veranstaltungen den Vorentwurf für einen Kinder- und Jugendspielbereich auf der 17.850 Quadratmeter großen öffentlichen Grünfläche.

Alle Jugendlichen aus dem Stadtteil sind am Freitag, 12. Juli, von 16 bis 19 Uhr in die Gethsemanekirche, Ettalstraße 3, eingeladen. Dort können sie sich über die Planung informieren, diese mit den Fachleuten des Baureferats diskutieren sowie ihre Anmerkungen und Ideen einbringen. Die Beteiligungsveranstaltung findet im Rahmen eines Jugendfestivals der vier Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinden Auferstehungskirche, Gethsemanekirche, Himmelfahrtskirche und Passionskirche statt.

Am Mittwoch, 17. Juli, sind alle Anwohner*innen von 18 bis 20 Uhr in das Foyer der Stiftung ICP (Integrationszentrum für Cerebralpareesen) München in der Garmischer Straße 241 eingeladen. Dort erläutern die Fachleute des Baureferats und des beauftragten Landschaftsarchitekturbüros an

mehreren Stationen die Planung. Die Anwohner*innen sind eingeladen zur Diskussion des Vorentwurfes, Anmerkungen und Ideen werden aufgenommen. Die Ergebnisse der Jugendbeteiligung werden anhand eines Modells präsentiert. Alle Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung fließen in den weiteren Planungsprozess ein.

Wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich erprobt, werden ebenso Menschen mit besonderen Bedarfen eingebunden. Auch den Jugendlichen der Förderschule und Berufsschule Stiftung ICP München wird im Rahmen des Schulalltags das inklusive Spiel- und Sportangebot sowie der Vorentwurf vorgestellt und mit ihnen diskutiert.

Mehr Platz für Begegnung – Neues Parklet im Harthof

(9.7.2024) Wo sonst Autos parken, bietet künftig ein Parklet im Harthof den Bewohner*innen die Möglichkeit, im öffentlichen Raum Pause zu machen und sich mit Nachbar*innen zu treffen. Die feierliche Eröffnung des Parklets findet am Freitag, 12. Juli, 13 bis 17 Uhr, in der Max-Liebermann-Straße/Ecke Weyprechtstraße statt. Dazu laden die Stadt und die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) ein. Die Auftaktveranstaltung bietet ein abwechslungsreiches Programm mit Kinderschminken, Mitmachaktionen, einem kostenfreien Radsicherheitscheck sowie Informationen zum EU-Projekt ASCEND, in dessen Rahmen das Parklet entstanden ist und das zeigen möchte, wie öffentlicher Raum umgenutzt werden kann.

Bis Ende Oktober steht das Parklet den Bewohner*innen zur Verfügung; es soll mit einem vielfältigen Rahmenprogramm zu den Themen Energie, Mobilität und Digitales belebt werden. Die Veranstaltungen der Projektpartner richten sich an alle Anwohner*innen, die Teilnahme ist kostenfrei.

Im Angebot ist zum Beispiel ein Biodiversitäts-Spaziergang durch das Quartier am Freitag, 19. Juli, 17 Uhr. Dabei gibt es die Grünanlage Harthofanger zu entdecken. Startpunkt ist das Parklet. Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail ascend@muenchen.de. Bei schlechtem Wetter findet der Spaziergang am Donnerstag, 25. Juli, um 17 Uhr, statt.

Weitere Infos zum Rahmenprogramm unter www.muenchen.de/ascend-parklet. Lokale Akteur*innen sind eingeladen, sich zu beteiligen. Interessierte können sich per E-Mail an ascend@muenchen.de wenden.

Über das Projekt ASCEND

Das Projekt ASCEND (Accelerating Positive Clean Energy Districts) wird im Rahmen des EU-Programms „Horizon Europe“ gefördert. Sein Ziel ist es, bis Ende 2027 die Energiebilanz in möglichst vielen Quartieren positiv zu gestalten. München hat das Quartier Harthof im Norden der Stadt als Projektgebiet ausgewählt.

München und Lyon bilden die beiden Leuchtturmstädte in einem europäischen Konsortium, das aus 39 Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung besteht. Weitere in ASCEND beteiligte Städte sind Porto, Charleroi, Prag, Stockholm, Alba Iulia und Budapest.

Das Projektteam der Stadt München unter der Leitung des Referats für Arbeit und Wirtschaft besteht aus dem Referat für Klima- und Umweltschutz, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Mobilitätsreferat, dem IT-Referat und dem Kommunalreferat. Beteiligte Partner aus München sind zudem Avancis, Isarwatt, Stattauto, TUM, Unicorn und Unternehmer-TUM sowie die SWM, Münchner Wohnen und die MGS.

Weitere Infos zu ASCEND unter www.ascend-muenchen.de.

Führung durch die historischen Wohnräume der Familie von Parish

(9.7.2024) Das Münchner Stadtmuseum lädt am Mittwoch, 10. Juli, von 11 bis 11.30 Uhr zu einer Führung durch die historischen Wohnräume der Familie von Parish, Kemnatenstraße 50, ein. Seit 1970 gehört die Von Parish Kostümbibliothek zum Münchner Stadtmuseum.

Die Kostümbibliothek befindet sich in einer Villa unweit des Nymphenburger Schlosses, die 1900 und 1901 für den Komponisten Friedrich Wilhelm von Schirach errichtet wurde. Planung und Ausstattung übernahm die bekannte Münchner Baufirma Gebrüder Rank. Das Gebäude wurde 1916 von der Familie von Parish erworben und 1936 mit ihrer großen Kostümbildsammlung bezogen.

Durch den nur zweimaligen Wechsel der Eigentümer hat sich im Inneren des denkmalgeschützten Gebäudes die Raumkunst der Gebrüder Rank nahezu vollständig erhalten. Sie wurde durch die von 2019 bis 2021 erfolgte Sanierung der Innenräume unter vielen Farbschichten wieder hervorgeholt. Die historistische Einrichtung – Erbstücke der Familie von Parish aus dem 18. und 19. Jahrhundert – geht mit dem Jugendstil der Innenräume eine beeindruckende Symbiose ein.

Bei der Führung können sich Interessierte selbst einen Eindruck von den historischen Wohnräumen im Erdgeschoss machen und mehr zur Geschichte des Hauses, der Stifterfamilie und der Sammlung erfahren.

Die Teilnahme kostet 5 Euro. Tickets unter stadtmuseum.muenchenticket.net. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Einlass am Veranstaltungstag ist erst 15 Minuten vor Führungsbeginn.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 9. Juli 2024

One in – two out

Bürokratie abbauen durch Rückmeldung, Evaluation sowie zeitliche Befristung von Verwaltungsvorschriften in eigener Entscheidungshoheit

Anträge Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 25.1.2024

Bezahlkarten für den Stadtrat

Antrag Stadträtin Marie Burneleit (Die PARTEI) vom 5.3.2024

Inklusivität und Vielfalt in städtischen Kampagnen – Reaktion auf Beschwerde des Behindertenbeauftragten

Anfrage Stadträtin Alexandra Gaßmann (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 12.6.2024

One in – two out
Bürokratie abbauen durch Rückmeldung, Evaluation sowie zeitliche Befristung von Verwaltungsvorschriften in eigener Entscheidungshoheit

Anträge Stadträte Leo Agerer, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 25.1.2024

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Vielen Dank für Ihre Anträge vom 25.1.2024.

Sie beantragen, dass

- ich dem Stadtrat Vorschläge unterbreite, „*welche – mindestens zwei – Verwaltungsvorschriften in eigener Entscheidungshoheit bei Neueinführung einer neuen Verwaltungsvorschrift entfallen können*“ und
- die Referate anweise, „*nach der Neueinführung von Verwaltungsvorschriften in eigener Entscheidungshoheit binnen eines Jahres Rückmeldungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der davon betroffenen Bürger*innen einzuholen und diese zu evaluieren, um die Sinnhaftigkeit und Zielgenauigkeit der Vorschrift bewerten und ggf. nachsteuern zu können. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nützliche Hinweise, die zur Abschaffung oder Vereinfachung überflüssiger oder mit sehr hohem Aufwand behafteter Vorschriften geben, werden prämiert. Darüber hinaus werden Verwaltungsvorschriften generell nur noch befristet eingeführt.*“

Verwaltungsvorschriften sind generell-abstrakte Anordnungen einer Behörde an nachgeordnete Behörden oder eines Vorgesetzten an die ihm unterstellten Verwaltungsbediensteten (Maurer, Allg. VerwR, 15. Aufl. 2004, S 623, Rn. 1).

Im Fokus Ihrer beiden Anträge stehen „Verwaltungsvorschriften in eigener Entscheidungshoheit“. Der Erlass, die laufende Pflege/Fortschreibung sowie die Aufhebung von Verwaltungsvorschriften fallen in der Regel in den Aufgabenbereich des Oberbürgermeisters als Chef der Verwaltung. Sie sind damit laufende Angelegenheiten, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt und damit nicht in die Zuständigkeit des e.a. Stadtrats fallen.

Zu Ihren beiden Anträgen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Ihr Antrag „One in – two out“ zielt auf eine rein quantitative Betrachtung von Verwaltungsvorschriften ab. Wie schon erwähnt, regeln die Vorschriften den inneren Dienstbetrieb einer Verwaltung, um beispielsweise einen einheitlichen und rechtssicheren Verwaltungsvollzug sowie eine zufriedenstellende Prozess- und Ergebnisqualität sicherzustellen. Sie schaffen keine neuen rechtlichen Sachverhalte – weder für die Beschäftigten noch für die Bürger*innen. Bei den oftmals komplexen Rechts- und Sachlagen in den Fach- und Querschnittsreferaten müssen die Sachbearbeitungen mit qualifizierten Handreichungen dahingehend unterstützt werden, dass rechtskonforme, einheitliche, sachgerechte und schnelle Entscheidungen getroffen werden können. Dabei zählen Verwaltungsvorschriften oftmals zum täglichen „Handwerkszeug“. Sie konkretisieren den Vollzug bestehender Normen. Der Wegfall würde zu Unsicherheiten, größerem Klärungsbedarf im Einzelfall und eventuell zu einem uneinheitlichen Vollzug führen. Es kommt meines Erachtens nicht auf die Zahl der Verwaltungsvorschriften an, sondern auf deren Qualität.

Sofern Ihre Anträge durch die Ankündigungen des Bayerischen Ministerpräsidenten zu einer „Anti-Bürokratie-Offensive“ auf Landesebene ausgelöst sind, möchte ich festhalten: Eine direkte Vergleichbarkeit zwischen den Landesbehörden und dem Aufbau der Stadtverwaltung ist nicht möglich. Wir haben keinen Aufbau „Ministerium – Mittelbehörde – Vollzugsbehörde“, sondern Fach- und Querschnittsreferate, die – soweit notwendig – mit zielgerichteten Verwaltungsvorschriften direkt ihre Aufgabenerfüllung erleichtern, und kein Ministerium, das Verwaltungsvorschriften für nachgeordnete Behörden erlässt.

Die von Ihnen vorgeschlagene Evaluation neuer Verwaltungsvorschriften binnen Jahresfrist sehe ich als Tagesgeschäft sowohl bei den Leitungsebenen und Vorgesetzten, die diese Regelungen erlassen, als auch bei den vollziehenden Beschäftigten: Erst in der konkreten Umsetzung einer generell-abstrakten Regelung zeigt sich der praktische Mehrwert bzw. ein möglicher Nachschärfungsbedarf. Das ist laufende Verwaltungsaufgabe. Dass dabei die Erfahrungen und Ideen der Beschäftigten angemessen einbezogen werden, ist nach meiner Erfahrung die Regel.

Bei Verwaltungsvorschriften, die eine spürbare Außenwirkung haben, fließen regelmäßig auch Rückmeldungen von Bürger*innen in die Evaluation mit ein. Hier zusätzliche formale Beteiligungsverfahren zu schaffen, würde die Prozesse verkomplizieren und verlängern, einen nennenswerten Zusatznutzen kann ich darin nicht erkennen. Die Ressourcen sind besser in



Öffentlichkeitsbeteiligungsprozessen investiert, die für die Bürger*innen wirklich relevante Themen behandeln.

Bezüglich Ihrer Idee, dass umsetzbare Vorschläge zur Entbürokratisierung von Verwaltungsvorschriften aus der Mitarbeiterschaft prämiert werden sollen, möchte ich auf die seit vielen Jahren etablierte Ideenbörse verweisen: Zu jedem Thema, das in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt München liegt, kann ein Vorschlag zur Verbesserung von Prozessen, Leistungen und dergleichen beim Betrieblichen Vorschlagswesen (POR-5-IM, Ideenmanagement) eingereicht und mit einer Prämie in Höhe von bis zu 40.000 Euro prämiert werden. Viele der bisher eingereichten Vorschläge zeigen Wege zum Bürokratieabbau auf.

Ihren Ansatz, Verwaltungsvorschriften generell nur noch befristet einzuführen, halte ich für nicht praktikabel. Sachgerechtes Verwaltungshandeln hat kein „Ablauf- oder Verfallsdatum“, sondern muss sich an den bereits erwähnten Kriterien wie Rechtssicherheit, Zuverlässigkeit, und Prozessqualität orientieren.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



Bezahlkarten für den Stadtrat

Antrag Stadträtin Marie Burneleit (Die PARTEI) vom 5.3.2024

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Wie Sie wissen, werden die Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder nicht in bar, sondern per Banküberweisung ausbezahlt. Dies ist der schnellste und kostengünstigste Weg.

Die Einführung einer Bezahlkarte in der von Ihnen beschriebenen Weise würde also nicht, wie von Ihnen formuliert, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands führen, sondern – im Gegenteil – zu unnötigen Zusatzaufwänden.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Inklusivität und Vielfalt in städtischen Kampagnen – Reaktion auf Beschwerde des Behindertenbeauftragten

Anfrage Stadträtin Alexandra Gaßmann (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 12.6.2024

Antwort Personal- und Organisationsreferent Andreas Mickisch:

Auf Ihre Anfrage vom 12.6.2024 nehme ich Bezug. Sie haben folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Die neue Plakat- und Social-Media-Kampagne des Personal- und Organisationsreferates der Landeshauptstadt München läuft unter dem Hashtag ‚#nurgemeinsam‘. Neun verschiedene Plakatmotive mit städtischen Mitarbeitenden sollen aufzeigen, wie offen und inklusiv die Landeshauptstadt München als Arbeitgeberin ist. Die zentrale Botschaft lautet: ‚Weil Vielfalt Münchens Zukunft ist‘.

Der Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt München hat in einem Schreiben an den Oberbürgermeister darauf hingewiesen, dass Menschen mit Behinderungen in dieser Kampagne nicht repräsentiert sind und zu Recht kritisiert, dass keine Person mit einer erkennbaren Beeinträchtigung abgebildet wurde. Zudem spiegeln alle abgebildeten Menschen auch nach äußerlichen Kriterien nicht die Vielfalt der Münchner Bevölkerung und der Tätigkeiten bei der LHM wider.“

Zur Einordnung der Kampagne #nurgemeinsam möchte ich vorab Folgendes bemerken:

Die Kampagne #nurgemeinsam ist Teil der Brandmauer für Demokratie im Sinne der Erklärung „München für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ der Stadt München und zahlreicher Gruppierungen aus Religion, Bildung, Politik und Kultur. Als sichtbares Zeichen trägt die Kampagne daher auch das Logo „Sei ein Mensch! #gegenRechtsextremismus“.

Grundgedanke und Anlass des Dialoges und der Kampagne war es, den Impuls der großen Demonstration „Gemeinsam gegen Rechts“ vom 21. Januar 2024 weiterzuführen und so die Offenheit und die Vielfalt der Stadt München sichtbar zu machen. In München sind alle Menschen willkommen. Egal wer sie sind, woher sie kommen, wie sie aussehen, woran sie glauben oder wen sie lieben. Dafür stehen wir als Stadtgesellschaft. Und dafür steht die Stadt als Arbeitgeberin. Der Schwerpunkt der Kampagne lag auf Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte. Die Protagonist*innen wurden durch einen Freiwilligenaufruf gesucht und ausgewählt. Wir haben bewusst darauf geachtet, Menschen aus verschiedenen Arbeitsbe-

reichen, Entgeltgruppen und Altersgruppen zu integrieren, um die Breite unserer städtischen Mitarbeitenden widerzuspiegeln.

Ein weiteres wichtiges Anliegen war die Einbeziehung unserer Kolleg*innen mit Einwanderungsgeschichte. Sie hatten die Möglichkeit, ihre Foto-partner*innen selbst auszuwählen, damit eine authentische und persönliche Verbindung in den Darstellungen gewährleistet ist. Auf diese Weise sollte dazu beigetragen werden, dass innerhalb unseres städtischen Teams echte Geschichten und Beziehungen dargestellt werden.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wie beabsichtigen Sie, auf die Beschwerde des Behindertenbeauftragten zu reagieren?

Antwort:

Auf das Schreiben des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten vom 11.6. habe ich am 13.6. per E-Mail geantwortet. Die Fraktionen haben die E-Mail in Kopie erhalten.

Frage 2:

Welche Maßnahmen plant die Stadt, um sicherzustellen, dass zukünftige städtische Kampagnen inklusiver gestaltet werden und auch Menschen mit Behinderungen angemessen repräsentiert sind?

Frage 3:

Welche Schritte werden unternommen, um die Vielfalt der Münchner Bevölkerung, einschließlich Menschen unterschiedlichen Alters, mit unterschiedlichem äußerem Erscheinungsbild und in verschiedenen Tätigkeitsbereichen, in städtischen Werbemaßnahmen besser widerzuspiegeln?

Antwort zur Frage 2 und 3:

Die genannten Kriterien spielen bei allen städtischen Werbemaßnahmen eine große Rolle. Die zuständigen Fachstellen werden regelmäßig mit eingebunden und beteiligen sich bei der Konzeption und Realisierung solcher Maßnahmen.

Beispielhaft möchte ich auf die städtische Arbeitgebermarke verweisen: www.muenchen-unser-kindl.de



Frage 4:

Gibt es konkrete Pläne, wie die aktuelle Kampagne „nur gemeinsam“ ergänzt oder überarbeitet werden könnte, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich gleichermaßen inkludiert fühlen?

Antwort:

Aus den oben genannten Gründen wird es keine Ergänzung oder Überarbeitung der Kampagne geben.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 9. Juli 2024

Aufarbeitung des Abrechnungsskandals bei der Münchenstift

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 9. Juli 2024

Anfrage

Aufarbeitung des Abrechnungsskandals bei der Münchenstift

Laut verschiedener Zeitungsartikel kam es in der Münchenstift zu einem Abrechnungsbetrug. Der Merkur berichtete, dass dadurch ein Schaden von 300.000 Euro entstanden sei.¹ Die Höhe der Summe wird von der Münchenstift dementiert. Die ehemalige Geschäftsführerin der Münchenstift musste das Unternehmen zum 31. Mai 2024 verlassen, da sie laut Betriebsrat die Verdachtsfälle nicht konsequent verfolgt habe. Diese Vorwürfe weist die ehemalige Geschäftsführerin zurück. Die SZ deutete an, dass es auch zu juristischen Auseinandersetzungen gekommen sei.² Zudem berichten die Zeitungen von einer „teuren Party“.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch ist der Schaden durch den Abrechnungsbetrug tatsächlich und wodurch wurde er verursacht?
2. Was hat das Unternehmen bisher diesbezüglich unternommen und welche Konsequenzen wurden gezogen?
3. Stimmt es, dass Anfang Oktober eine völlig überbeuerte Party stattgefunden hat? Falls ja, aus welchem Anlass fand diese Party statt und wer hat sie zu verantworten? Wurden diesbezüglich personelle oder andere Konsequenzen gezogen?
4. Was hat das Unternehmen unternommen, um solche Vorfälle zukünftig zu vermeiden?
5. Teilt die Aufsichtsratsvorsitzende die Auffassung des Betriebsrats, dass die ehemalige Geschäftsführerin die Verdachtsfälle nicht konsequent genug verfolgt hat?
6. Wird der ehemaligen Geschäftsführerin sonst noch etwas vorgeworfen?

¹ <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/muenchen-darum-musste-die-muenchenstift-chefin-gehen-93157484.html>

² <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-muenchenstift-renate-binder-sigi-benker-rauswurf-1.7251785>

7. Ist es zutreffend, dass es auch zu juristischen Auseinandersetzungen gekommen ist? Was ist hierfür der Grund und was ist das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen?

Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 9. Juli 2024

Terminhinweis

Pressemitteilung MVG und Jobcenter München

Tram durch den Englischen Garten: Freistaat bleibt bei Ablehnung

Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien



9.7.2024

(Wiederholung)

Terminhinweis für Redaktionen

Mittwoch, 10. Juli 2024, 14 Uhr

Busbetriebshof Moosach: Hanauer Straße 24, 80992 München

Anfahrt: Georg-Brauchle-Ring (U-Bahn: U1, U7 / Bus: 143, 175, 180)

MVG bildet Migranten zu Fahrern aus – Kooperationsprojekt im Personalrecruiting

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) kämpft, wie viele Unternehmen bundesweit mit einem Mangel an Fachkräften. Um eine Lösung für dieses Problem zu finden, sind bereits einige Maßnahmen in Umsetzung, weitere in Planung. MVG-Chef Ingo Wortmann stellt gemeinsam mit Anette Farrenkopf, Geschäftsführerin Jobcenter München, und Wilfried Hüntelmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit München sowie Barbara Winter, Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz), Standortleiterin München, ein Programm vor, das Migranten für den Fahrdienst qualifiziert.

Außerdem werden angehende Fahrer, die sich in Ausbildung in diesem Kurs befinden, für O-Töne sowie Bilder zur Verfügung stehen.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
+49 89 2361-6042
presse@mvg.de

Agentur für Arbeit München
Birger Nemitz
+49 89 5154-4151
Muenchen.PresseMarketing@
arbeitsagentur.de

Jobcenter München
Frank Donner
+49 89 45355-1022
frank.donner@jobcenter-ge.de

Berufliche Fortbildungszentren der
Bayerischen Wirtschaft (bfz)
Dorothee Meiser
+49 89 44108-218
dorothee.meiser@bfz.de

MVG Information für die Medien

9.7.2024

Tram durch den Englischen Garten: Freistaat bleibt bei Ablehnung

Der Freistaat Bayern hat seine Ablehnung des Abschnitts der Tram-Nordtangente durch den Englischen Garten am Montag, 8. Juli, gegenüber den Stadtwerken München (SWM) und dem Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt München abschließend bekräftigt. Als Eigentümer des Englischen Gartens ist die Zustimmung des Freistaats Voraussetzung, die Trasse durch den Park zu bauen.

Die SWM haben seit der Beauftragung durch die Landeshauptstadt 2018 die Planungen für die Tram-Nordtangente und damit auch für den Abschnitt durch den Englischen Garten intensiv vorangetrieben. Nach Vorlage der Planunterlagen im Mai 2023 hatte der Freistaat Dialogangebote auf Arbeitsebene abgelehnt und geäußert, er wolle erst die Planfeststellungsunterlagen abwarten. Daher hat der Stadtrat in der Vollversammlung im Dezember 2023 den Trassierungsbeschluss für diesen Abschnitt gefasst und die SWM damit beauftragt, den Antrag auf Planfeststellung bei der Regierung von Oberbayern einzureichen.

Die SWM haben bis zuletzt den Antrag auf Planfeststellung vorbereitet und etwa 5,4 Millionen Euro in die Planung gesteckt sowie mehrere Millionen Euro in die Entwicklung der Akkutrams investiert. Dass das Projekt volkswirtschaftlich sinnvoll ist, bestätigt die Standardisierte Bewertung mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von deutlich über 1. Das ist auch die Voraussetzung für die Förderfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Im Gespräch mit Staatsminister Florian Herrmann und Staatsminister Georg Eisenreich haben Ingo Wortmann und Mobilitätsreferent Georg Dunkel über

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

die vorgetragenen Punkte des Freistaates beraten.

Ingo Wortmann: „Wir haben unser Gesprächsangebot an den Freistaat erneut bekräftigt. Wir sind bereit die kritischen Punkte lösungsorientiert zu besprechen und Möglichkeiten, die Trasse schmaler zu machen, zu diskutieren. Die Staatsminister haben aber weitere Gespräche abgelehnt. Das ist sehr bedauerlich, da so ein volkswirtschaftlich sinnvolles Verkehrsprojekt, welches die Straßen entlastet, unmöglich wird.“

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Die Tram-Nordtangente hat eine herausragende Bedeutung für die Stadtentwicklung und den Wirtschaftsstandort München sowie einen hohen Nutzen-Kosten-Faktor. Umso bedauerlicher ist es, dass der Freistaat auf unsere Kompromissvorschläge nicht eingegangen ist. Es ist schon paradox, dass der Freistaat starke Eingriffe in das Gartendenkmal für den verkehrlich ebenso sinnvollen Ausbau des Föhringer Rings anders bewertet hat.“